

**Stellungnahme des Stadtelternbeirat der Einheitsgemeinde Osterwieck zur  
Beschlussvorlage 533-III-2024 „Änderung der Kostenbeitragsatzung der Kindertagesstätten der  
Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck“**

**Vorbemerkung**

Der Stadtelternbeirat kommt hiermit seinem Recht nach, zur Beschlussvorlage „Änderung der Kostenbeitragsatzung der Kindertagesstätten der Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck“ Stellung zu beziehen.

**Erhöhung der Kostenbeiträge**

Der Stadtelternrat steht jeglicher Erhöhung der Kostenbeiträge für Kinderbetreuung kritisch gegenüber, weil damit negative Effekte bei der demographischen Entwicklung, bei der Entwicklung des Bildungsniveaus, bei der Verfügbarkeit von Arbeitskräften sowie bei der Attraktivität der Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck für Familien verbunden sind. Am Beispiel von einer Familie mit 3 Kindern, davon eins in der Krippe und zwei in der Kita würde sich die Kostenbeiträge von bisher 520 Euro auf 605 Euro pro Monat erhöhen. Das sind im Jahr rund 1020 Euro Mehrkosten, was fast einem Monatsnettoeinkommen eines Durchschnittsverdieners entspricht. Aus Sicht des Stadtelternrats wird ein soziales Augenmaß vermisst, zumal es insbesondere Drei- und Mehrkindfamilien betrifft. Damit werden gerade die Familien am stärksten belastet, die den größten Beitrag zur Einwohnerstabilisierung und Verjüngung der Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck leisten. Der Stadtelternrat hält das für ein falsches Signal mit verheerenden Folgen. Da als Ursache unter anderem die Abnahme der Kinderzahlen genannt wird, trägt dieses geplante Vorgehen aus Sicht des Stadtelternrats eben nicht dazu bei, die Kinderzahlen wieder zu erhöhen. Zum Vergleich erwähnen wir hier die Unterlagen des Sozialausschusses mit den Kostenbeiträgen aus den umliegenden Städten und Gemeinden, die auf der Internetseite der Stadt Osterwieck einsehbar sind. Im Vergleich ist die Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck bereits jetzt an zweiter Stelle (am Beispiel Krippe-10 Stunden und Hort-6 Stunden). Man könnte demzufolge im Gegenteil argumentieren, dass die Erhöhung der Beiträge die noch verbliebenen Familien animiert, einen Wegzug in Erwägung zu ziehen, was in Folge eine weitere Reduzierung der Kinderzahlen haben würde.

**Wegfall der 10- und 25-Stunden sowie Ferien-Betreuung im Bereich Hort**

Der Wegfall der 10- und 25-Stunden-Betreuung wird vom Stadtelternrat befürwortet. Der Stadtelternrat gibt zu bedenken, dass die Streichung der Ferien-Betreuung zu einer Mehrbelastung pro Kind von 810 Euro bzw. 1.230 Euro führt, was von ihnen als diskriminierend empfunden werden könnte. Auch hier ist eher davon auszugehen, dass die Eltern das Angebot der Ferienbetreuung aufgrund der unverhältnismäßig steigenden Kosten nicht nutzen werden, was in Folge eine Reduzierung der Kinderzahlen bedeutet.

## **Zusammenfassung**

Die Eltern sehen sehr wohl die angespannte Finanzsituation der Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck. Die Eltern und ihre Familien sind ein Teil dieser Stadt und haben kein Interesse daran, dass sich die finanzielle Lage der Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck weiter verschlechtert. Eltern engagieren sich überdurchschnittlich für Gemeinwohl und Gemeinschaft. Sie erwarten aber auch eine angemessene Würdigung ihrer durch die Elternschaft begründeten Leistung für die Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck.

Nach Prüfung und Diskussion hat der Stadtelternrat beschlossen, der geplanten Erhöhung der Kita-Beiträge nicht zuzustimmen. Diese Entscheidung basiert auf der Tatsache, dass die Lebenshaltungskosten kontinuierlich steigen und viele Familien mit stagnierenden oder sogar sinkenden Einkommen zu kämpfen haben.

Angesichts dieser finanziellen Herausforderung ist eine Erhöhung der Kita-Beiträge für viele Familien eine nicht tragbare Mehrbelastung.

Der Stadtelternrat trägt die Verantwortung, die Interessen aller Familien in der Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck zu vertreten und sicherzustellen, dass der Zugang zu qualitativ hochwertiger, frühkindlicher Bildung nicht durch finanzielle Barrieren eingeschränkt wird.

Um eine angemessene Lösung zu finden, schlägt der Stadtelternrat vor, die geplante Erhöhung der Kita-Beiträge um mindestens zwei Jahre zu verschieben. Dies würde den Familien mehr Zeit geben, sich auf die finanzielle Veränderung einzustellen, und es würde Raum für die Entwicklung alternativer Finanzierungsmodelle geben, die eine gerechtere und nachhaltigere Lösung für alle Beteiligten ermöglichen.

Der Stadtelternrat ist bereit, mit den zuständigen Behörden und Institutionen zusammenzuarbeiten, um gemeinsam an einer langfristigen Lösung zu arbeiten, die die Bedürfnisse unserer Gemeinschaft angemessen berücksichtigt. Der Stadtelternrat ist davon überzeugt, dass eine offene und konstruktive Zusammenarbeit zu positiven Ergebnissen führen wird.

Der Stadtelternrat